

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 19 (2012)
Heft: 2: PflegeKrisen = Crises des soins

Rubrik: Call for Papers = Appel à contributions

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Call for Papers Appel à contributions

Entzogene Freiheit. Freiheitsstrafe und Freiheitsentzug

traverse. Zeitschrift für Geschichte, 2014/1

Urs Germann, Daniel Fink, Regula Ludi, Bertrand Forclaz,
Aline Steinbrecher (Hg.)

Das späte 19. Jahrhundert gilt als Hochzeit der Freiheitsstrafe, auch wenn ihre Vorläufer in die frühe Neuzeit zurückreichen. Das Entziehen der persönlichen Freiheit erscheint – von wenigen Ausnahmen wie Todes- oder Geldstrafen abgesehen – den liberalen Juristen des 19. Jahrhunderts als adäquate und wohl proportionierbare Reaktion auf Gesetzesübertretungen des freien, jedoch oft mittellosen Bürgers. Machen um 1900 Freiheitsstrafen noch rund 80 Prozent aller strafrechtlichen Sanktionen aus, so sinkt dieser Anteil bis zur Wende zum 21. Jahrhundert indes deutlich. Heute machen unbedingte Freiheitsstrafen noch 5 Prozent aller ausgesprochenen Sanktionen aus. Gleichzeitig verändern sich die Vollzugsinstitutionen: an die Stelle von «Schellenwerken» und Hafttürmen treten im 19. Jahrhundert in manchen Kantonen moderne Zuchthäuser und Zellengefängnisse oder später landwirtschaftliche Kolonien. Aus den Reformbestrebungen von Gefängnisdirektoren und anderen Philanthropen entwickelt sich im 20. Jahrhundert schliesslich das Programm des Erziehungsstrafvollzugs, das auf die Wiederherstellung sozialer Konformität, auf Resozialisierung, abzielt. Aus heutiger Sicht bleibt die Geschichte der Freiheitsstrafe kontrovers: inwieweit lässt sie sich als «Zivilisationsprozess» (Elias) interpretieren, der freilich nicht vor Rückschlägen gefeit ist? Oder liest sie sich eher als eine – regional unterschiedlich verlaufende – Abfolge von hehren Erwartungen und faktisch eingetretenen Enttäuschungen, die nicht zuletzt durch chronische Ressourcenknappheiten bedingt sind? Unbestritten bleibt, dass die Suche nach Alternativen zur Freiheitsstrafe bereits um 1900 mit der Entwicklung der Idee des bedingten Strafvollzugs einsetzt und sich bis zu den jüngsten Reformen des Strafgesetzbuches hinzieht – mit keineswegs

gesichertem Ausgang, wie die jüngsten Vorschläge zur Überarbeitung des neuen Sanktionenrechts zeigen.

Das Entziehen der persönlichen Freiheit beschränkt sich (auch) in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs auf das Strafrecht. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gilt das Einsperren von «Störern» der öffentlichen Ordnung in Zwangsarbeits-, Erziehungs- oder Irrenanstalten als probate Massnahme zur Lösung der drängenden sozialen Frage. Auch Flüchtlinge werden im 20. Jahrhundert interniert. Solche Freiheitsentziehungen gelten aus juristischer Sicht nicht als Strafe, auch wenn sie von den betroffenen Personen oft als solche empfunden werden. Rasch überzieht ein auswucherndes Netz von entsprechenden Anstalten die Schweiz. Mit der Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts, aber auch Reformen der kantonalen Gesetzgebungen werden diese Institutionen in ein vergleichsweise stabiles Dispositiv eingebunden, das erst mit den gesellschaftlichen Liberalisierungsschüben nach 1960 zum Gegenstand massiver Kritik wird. Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts steht dann im Zeichen der generellen Zurückdrängung und Zähmung freiheitsentziehender Sanktionen. So wird etwa die administrative Versorgung durch das Institut des fürsorgerischen Freiheitsentzugs ersetzt, das die Rechtsstellung der Betroffenen verbessern soll. Gleichzeitig kommt aber auch erneut die Forderung nach einem verbesserten Schutz der Gesellschaft vor besonders gefährlichen Straftäter/innen auf.

Im Gegensatz zum umliegenden Ausland steht in der Schweiz die historische Beschäftigung mit dem Themenkomplex Freiheitsentzug, Strafe und Gefängnis noch in den Anfängen. In den letzten Jahren sind jedoch einige Arbeiten zur Geschichte des modernen Strafrechts und Strafvollzugs, zur Entwicklung der Kriminalstatistik, zur Institution der administrativen oder psychiatrischen Versorgung sowie zu einzelnen Anstalten erschienen, die das Ausmass und die Umrisse des Forschungsfelds erahnen lassen. Der geplante Heftschwerpunkt von *traverse* greift diese bislang verstreuten Ansätze auf, versucht sie zu verbinden und möchte der weiteren Beschäftigung mit dem Thema Impulse zu geben. Von besonderem Interesse sind dabei die folgenden Fragestellungen und Themenbereiche:

Entstehung der modernen Freiheitsstrafe im Übergang von der frühen Neuzeit in die Moderne: Welche Vorformen der modernen Freiheitsstrafe lassen sich in der frühen Neuzeit ausmachen? Welche Bedeutung bekommt dabei die Freiheitsentziehung (gegenüber andern Formen der Sanktionierung)? Welche Rolle spielen solche Vorformen bei der Umgestaltung des Strafjustizsystems um 1800? Warum und wie entwickelt sich die Freiheitsstrafe zur Hauptsanktion des modernen Strafrechts, das sich nach 1799 in einem längeren und je nach Kanton unterschiedlich ausgeprägten Prozess auch in der Schweiz durchsetzt? Erwünscht sind in diesem Zusammenhang auch Beiträge, die eine Brücke zwi-

schen den Reformphasen des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts schlagen und insbesondere auch die Bedeutung von transnationalen Netzwerken und dem transnationalen Wissensaustausch zum Strafvollzug in dieser frühen Phase des Freiheitsentzugs diskutieren.

Ausbildung und Entwicklung unterschiedlicher Regime der Freiheitsentziehung: Welche Formen von Freiheitsentziehungen bilden sich im 19. und 20. Jahrhundert heraus? Wie werden sie politisch, rechtlich, aber auch institutionell voneinander und von andern Formen staatlichen Zwangs (zum Beispiel vom Gemeinwerk) abgegrenzt? Wie entwickeln sie sich in quantitativer Hinsicht? Auf welche Bevölkerungsgruppen fokussieren sie? Welche räumliche Ordnungen und soziale Räume bilden die dafür vorgesehenen Institutionen aus? Lässt sich eine für die Schweiz spezifische «Gefängniskultur» ausmachen? Inwiefern kommt es zu Differenzierungen, aber auch zu Überlappungen der verschiedenen rechtlich-institutionellen Dispositive?

Reform und Kritik des Freiheitsentziehung: Inwiefern lässt sich die Geschichte der Freiheitsentziehung und insbesondere des Gefängnisses als zyklische Abfolge von Erwartungen und Enttäuschungen verstehen? Welches waren die Akteur/innen, die sich zu unterschiedlichen Zeiten für eine Reform des Gefängnisses und anderer Vollzugsinstitutionen stark machten? Welches waren ihre Leitvorstellungen und Interessen? Wie lässt sich der Entwicklungspfad, den die Schweiz dabei einschlägt, im Vergleich zum umliegenden Ausland, aber auch zu andern Rechtskulturen wie den USA charakterisieren? Welche Rolle spielt die Intensivierung internationaler Kontakte im Bereich des Strafvollzugs für die Kritik und Reformbestrebungen und auf welche Weise sind die schweizerischen Experten des Gefängniswesens am transnationalen Wissenstransfer beteiligt. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die folgenden Reformperioden: der Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert, die Entstehung des Sanktionenrechts des schweizerischen Strafgesetzbuches zwischen 1890 und 1940 und schliesslich die Auswirkungen des gesellschaftlichen Liberalisierungsschubs nach 1960 auf den Strafvollzug und andere Institutionen der Freiheitsentziehung.

Erwünscht sind Beiträge, welche die oben skizzierten Aspekte in einer historischen Perspektive diskutieren. Fallstudien sind ebenso willkommen wie Übersichtsdarstellungen. Der zeitliche Fokus liegt auf der Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Beiträge mit Rückblenden in die frühe Neuzeit sind aber ausdrücklich erwünscht. Ein Bezug zu den Entwicklungen in der Schweiz ist erwünscht. Besonders erwünscht sind auch Beiträge, die Vergleiche zwischen den Sprachregionen anstellen und die Entwicklung in der Schweiz in einem internationalen Kontext reflektieren.

Interessentinnen und Interessenten, die einen Beitrag im Umfang von maximal 30'000 Zeichen (inklusive Leerschläge und Anmerkungen) verfassen möchten, sind gebeten, bis am 30. September 2012 ein Abstract von maximal einer A4-Seite einzureichen an die folgende Adresse einzureichen: Urs Germann, Stürlerstr. 12, CH-3006 Bern, ursgermann@bluewin.ch. Die Beiträge sind in einer ersten Fassung bis am 31. Mai 2013 abzugeben.

Liberté retirée. Peine privative de liberté et privation de liberté

traverse. Revue d'histoire, 2014/1

Urs Germann, Daniel Fink, Regula Ludi, Bertrand Forclaz,
Aline Steinbrecher (éd.)

L'application de la peine privative de liberté atteint son apogée à la fin du 19^e siècle, même si ses origines remontent aux temps modernes. A de rares exceptions près, comme la peine de mort ou les peines pécuniaires, le retrait de la liberté personnelle apparaît aux yeux des juristes libéraux du 19^e siècle comme une réaction adéquate et proportionnée aux infractions à la loi commises par des citoyens libres, mais souvent sans moyens. Si, vers 1900, les peines privatives de liberté constituent environ 80 pour cent des sanctions pénales, leur nombre diminue drastiquement jusqu'au tournant du 21^e siècle. Les peines privatives de liberté inconditionnelles constituent aujourd'hui encore 5 pour cent des peines prononcées. En même temps, les institutions chargées de l'exécution des peines se modifient: à la place des maisons de force et de travail et des cachots dans les tours et châteaux apparaissent, au 19^e siècle, dans plusieurs cantons, des pénitenciers et prisons modernes voire, plus tard, des colonies agricoles pénitentiaires. Les efforts accomplis par des directeurs de prison et des philanthropes, afin de réformer le système, déboucheront finalement, au 20^e siècle, sur un programme de peines éducatives visant au rétablissement de la conformité sociale et à la resocialisation. L'histoire de la peine privative de liberté demeure toutefois, aujourd'hui, un objet de controverse: dans quelle mesure se laisse-t-elle interpréter comme un «processus de civilisation» (Elias), exposé à des revers toujours possibles? Ou doit-elle être vue plutôt comme une succession, variable selon les régions, d'attentes grandioses et de déceptions dues surtout au manque chronique de ressources? Il n'est cependant pas contesté que la quête d'alternatives à la peine privative de liberté s'engage déjà vers 1900, avec l'introduction du sursis à l'exécution des peines privatives de liberté.

Cette recherche se perçoit jusqu'aux plus récentes réformes du Code pénal, mais selon un cours zigzaguant, comme le montrent les récentes propositions de révision du nouveau droit des sanctions.

Supprimer la liberté personnelle ne se limite, dans la société bourgeoise, en aucune manière au droit pénal. Depuis le milieu du 19^e siècle, la mise à l'écart des «perturbateurs» de l'ordre de public dans des institutions de travail forcé, des maisons d'éducation ou des asiles d'aliénés est considérée comme une mesure efficace pour résoudre la question sociale. Les réfugiés furent également internés au 20^e siècle. D'un point de vue juridique, ces privations de liberté ne peuvent être assimilées à des sanctions, même si elles peuvent être ressenties comme telles par les personnes concernées. Il s'est ainsi rapidement développé en Suisse un dense réseau d'institutions prévues à cette fin. Avec l'unification du droit civil et du droit pénal, mais aussi de par les réformes mises en place dans les législations cantonales, ces institutions furent intégrées au sein d'un dispositif plus stable, qui ne fut soumis à de vives critiques qu'avec la libéralisation de la société à partir des années 1960. Le dernier tiers du 20^e siècle voit le nombre des sanctions privatives de liberté diminuer. La détention administrative est ainsi remplacée par la privation de liberté à des fins d'assistance, censée améliorer la position juridique des personnes concernées. En même temps, l'exigence d'une meilleure protection de la société contre les criminels particulièrement dangereux revient en force.

Contrairement aux pays limitrophes, l'étude de cet ensemble de thématiques liées à la privation de liberté, à la sanction et à la prison n'en est qu'à ses balbutiements. Ces dernières années ont vu cependant paraître quelques travaux sur l'histoire du droit pénal moderne et l'exécution des peines, sur le développement de la science criminelle, sur la détention administrative ou psychiatrique ainsi que sur diverses institutions. Ces travaux dévoilent l'ampleur et les contours de ce champ de recherche. Le cahier thématique que *traverse* consacre à cet objet aborde ces sujets étudiés jusqu'ici de façon disparate, tente de les relier les uns aux autres et souhaite donner de nouvelles impulsions à leur traitement. Sont d'un intérêt particulier les questionnements et sujets suivants:

Naissance de la peine privative de liberté entre l'époque moderne et l'époque contemporaine: quelles formes la peine privative de liberté moderne revêt-elle au début de l'époque moderne? Quelle signification convient-il d'attribuer à la privation de liberté par rapport à d'autres formes de sanction? Quel rôle ces formes anciennes jouent-elles dans l'organisation de la justice pénale vers 1800? Pourquoi et comment la peine privative de liberté devient-elle la sanction principale du droit pénal moderne et s'impose-t-elle aussi en Suisse, bien qu'à un rythme variable selon les cantons? Dans ce contexte sont également souhaitées des contributions susceptibles, d'une part, de construire des passerelles entre les

périodes réformatrices de la fin du 18^e siècle et du début du 19^e siècle et, d'autre part, d'analyser l'importance, dans cette phase précoce de la privation de liberté, des réseaux internationaux et des échanges scientifiques transnationaux relatifs à l'exécution des peines.

Formation et développement des différents régimes de la privation de la liberté: quelles formes de privation de liberté apparaissent aux 19^e et 20^e siècles? Comment se distinguent-elles, d'une part, les unes des autres et, d'autre part, des autres formes de contrainte étatique (par exemple du travail communal), sur les plans politique, juridique et constitutionnel? Comment se développent-elles d'un point de vue quantitatif? Sur quels groupes de populations se concentrent-elles? Dans quelle organisation spatiale et dans quels espaces sociaux les institutions envisagées s'intègrent-elles? Peut-on parler d'une «culture pénitentiaire» propre à la Suisse? Dans quelle mesure peut-on repérer des différenciations ou des recoupements entre les différents dispositifs institutionnels?

Réforme et critique de la privation de liberté: dans quelle mesure l'histoire de la privation de liberté et, en particulier, de la prison peut-elle être comprise comme une succession d'espairs et de déceptions? Quelles furent les personnes qui s'engagèrent aux différentes périodes en faveur de la réforme des prisons et des autres institutions d'exécution des peines? Quels étaient leurs conceptions doctrinales et leurs intérêts? Comment peut-on caractériser la démarche helvétique par rapport à nos voisins mais aussi par rapport aux autres cultures juridiques, comme les USA? Quel rôle joue l'intensification des contacts internationaux, dans le domaine de l'exécution des peines, pour la critique du système en place et les tentatives de réforme? De quelle manière les experts suisses des questions pénitentiaires participent-ils à l'échange de connaissances sur le plan international? Dans ce contexte, sont d'un intérêt particulier les périodes de réformes suivantes: le passage du 18^e au 19^e siècle, l'apparition du droit de sanction dans le Code pénal suisse entre 1890 et 1940 et, finalement, les effets de la libéralisation de la société dès les années 1960 sur l'exécution des peines et les établissements de privation de liberté.

Sont attendues des contributions qui aborderont les aspects esquissés ci-dessus dans une perspective historique. Les études de cas seront bienvenues, comme les présentations plus générales. Le segment chronologique privilégié s'étend du 19^e au 20^e siècle, mais les contributions portant sur l'époque moderne seront également accueillies avec intérêt. Un lien avec les développements en Suisse est souhaité. Particulièrement attendues sont aussi les contributions qui proposeront des comparaisons entre les régions linguistiques et inséreront les développements helvétiques dans leur contexte international.

Les personnes intéressées qui souhaiteraient rédiger une contribution de 30'000 signes maximum (avec les espaces et les notes) sont priées d'envoyer un résumé d'une page A4 maximum jusqu'au 30 septembre 2012 à l'adresse suivante: Urs Germann, Stürlerstr. 12, CH-3006 Berne, ursgermann@bluewin.ch. Les contributions, dans leur version initiale, sont à remettre jusqu'au 31 mai 2013.

Energie

traverse. Zeitschrift für Geschichte, 2013/3

Marc Gigase, Katja Hürlimann, Daniel Krämer (Hg.)

Die Ereignisse in Fukushima könnten mehr als eine Fussnote der Geschichte gewesen sein. Langjährige Befürworter von Atomkraftwerken mutierten vor dem Hintergrund der glühenden Reaktoren in Japan zu Skeptikern, Kernkraftwerke wurden vom Netz genommen, und der Ausstieg aus der Atomenergie schien unausweichlich geworden zu sein. Es begann sich eine energiepolitische Wende abzuzeichnen, obwohl unklar blieb, wie die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen ohne Atomstrom reduziert werden kann, wie die ambitionierten Klimaschutzziele erreicht werden und wie rasch erneuerbare Energiequellen einen grossen Teil des gesellschaftlichen Energiehungers stillen können.

Diese Ereignisse sollen zum Anlass genommen werden, Formen der Energienutzung sowie des Umgangs mit Energie über ressourcenökonomische Fragestellungen hinaus aus historischer Perspektive zu analysieren.

Agrargesellschaften nutzten lediglich erneuerbare Energiequellen. Das *ancien regime biologique* basierte einerseits auf der kontrollierten Nutzung der Solarenergie sowie der Wind- und Wasserkraft, andererseits stützte es sich indirekt auf die Fotosynthese, die thermische und mechanische Energieträger entstehen liess (zum Beispiel Holz, Torf und Stroh als thermische Brennstoffe und Pflanzen als mechanische Energie für Tiere und Menschen).

In dieser Perspektive waren Agrargesellschaften nachhaltig, obwohl sie ihre natürliche Umwelt umgestalteten und Natur kolonisierten. Gleichzeitig waren sie in einem «Nullsummenspiel» gefangen, weil die agrarische Produktionsweise ausser in seltenen Ausnahmesituationen weder lineare noch kumulative Wachstumsprozesse zuließ, sondern nur die (Um-)Verteilung des Bestehenden erlaubte. Erst die intensive Nutzung des «unterirdischen Waldes» (der zunehmende Abbau der Steinkohle und später auch weiterer fossiler Energieträger)

fürten im Verlauf der Industrialisierung zum «Ende der Fläche» (Rolf Peter Sieferle, Fridolin Kraussmann, Heinz Schandl et al.).

Die Industrialisierung war eine erste Zäsur. Eine zweite fand nach dem Zweiten Weltkrieg statt, als die steigenden Reallöhne und sinkenden Energiepreise zum sogenannten «Wirtschaftswunder» (*Golden Age, Les trente glorieuses*) führten. «Von den fünfziger Jahren an erfuhren der Energieverbrauch, das Bruttoinlandsprodukt, der Flächenbedarf von Siedlungen, das Abfallvolumen und die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden den für die heutige Situation entscheidenden Wachstumsschub. Die Gesamtheit der damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen der Produktions- und Lebensweise wird als «1950er Syndrom» bezeichnet.» (Christian Pfister) Patrick Kupper nahm den Begriff später auf, setzte aber an einem anderen Punkt an. Er bezeichnete die veränderte Mensch-Umwelt-Beziehung als «1970er Diagnose», weil die materiellen Veränderungen auf der einen Seite die Wahrnehmung der Umwelt und die sozialen Handlungsmuster beeinflussten und auf der anderen Seite der Umweltbewegung und einer atomkritischen Haltung enormen Auftrieb verliehen. Nicholas Stern beklagte in seinem Bericht *The Economics of Climate Change*, die Entwicklung dieser Jahrzehnte seien «the greatest and widest-ranging market failure ever seen» gewesen.

Erwünscht sind Artikel, die sich dem Thema vom Mittelalter bis in die Neuzeit aus unterschiedlichen Blickwinkeln annähern. Der geplante Schwerpunkt der *traverse* 2013/3 soll acht Artikel à circa 10–12 Seiten umfassen.

Wir laden Interessierte ein, uns bis spätestens 15. August 2012 ein Abstract von circa 1 Seite zu senden. Die druckreifen Manuskripte müssen bis 1. März 2013 eingereicht werden. Die Abstracts sind an Daniel Krämer (daniel.kraemer@revue-traverse.ch), Katja Hürlimann (katja.huerlimann@revue-traverse.ch) oder Marc Gigase (marc.gigase@revue-traverse.ch) zu senden.

Energie

traverse. Revue d'histoire, 2013/3

Marc Gigase, Katja Hürlimann, Daniel Krämer (éd.)

222 Les événements survenus à Fukushima pourraient bien être plus qu'une simple note de bas de page dans les livres d'histoire. Sur un arrière-fond de réacteur en fusion au Japon, les partisans de longue date des centrales nucléaires se sont

transformés en sceptiques, des centrales atomiques ont été désactivées et la sortie du nucléaire semble devenue inévitable. Un tournant en matière de politique énergétique s'est même dessiné bien que l'on ne sache pas encore vraiment comment la dépendance à l'égard des carburants fossiles pourra être réduite sans l'appoint d'un courant d'origine nucléaire. De même, on ne sait pas encore très bien comment les objectifs ambitieux en matière de protection du climat pourront être atteints et comment les sources d'énergie rapidement renouvelables pourront satisfaire une grande partie des besoins en énergie de la société.

Ces événements offrent l'occasion de saisir dans leur perspective historique les formes de l'utilisation de l'énergie, au-delà des questionnements économiques qu'ils suggèrent.

Les sociétés agraires n'utilisaient que des énergies renouvelables. L'«Ancien Régime biologique», d'une part, reposait sur l'utilisation contrôlée de l'énergie solaire, éolienne et hydraulique et, d'autre part, profitait indirectement de la photosynthèse produite par les agents énergétiques thermiques et mécaniques (par exemple le bois, la tourbe et la paille, au titre de combustibles thermiques, et les plantes, comme énergie mécanique pour les animaux et les êtres humains).

Dans cette perspective, et quand bien même elles remodelèrent leur environnement et colonisèrent l'espace naturel, les sociétés agraires peuvent être considérées comme durables. En même temps, elles étaient prisonnières d'un «jeu à somme nulle», dans la mesure où leur manière de produire n'impliquait, sauf dans certains cas exceptionnels, des processus de croissance ni linéaires ni cumulatifs, mais seulement la (re)distribution de l'existant. Seule l'utilisation intensive de la «forêt souterraine» (l'exploitation croissante du charbon puis d'autres agents énergétiques fossiles) a fini par entraîner, au fur et à mesure que l'industrialisation avançait, la «fin des surfaces» (Rolf Peter Sieferle, Fridolin Kraussmann, Heinz Schandl et al.).

L'industrialisation constitua une première césure. Une seconde se produisit après la Seconde Guerre mondiale, lorsque les salaires réels croissants et les prix de l'énergie en baisse débouchèrent sur ce que l'on a appelé le «miracle économique» (*Golden Age*, les trente glorieuses). «A partir des années 1950, la consommation d'énergie, le produit intérieur brut, le besoin en surface construite, le volume des déchets et la pollution de l'air, de l'eau et du sol connurent une croissance décisive pour la situation actuelle. La globalité des changements fondamentaux subis par les modes de vie et de production caractérisa le «syndrome des années 50» (Christian Pfister). Patrick Kupper reprit ce concept plus tard, mais sous un autre point de vue. Il décrivit le rapport bouleversé entre l'homme et l'environnement comme le «diagnostic des années 70», dans la mesure où les changements matériels, d'un côté, influencèrent la compréhension de l'environnement et les modes d'action sociaux et, d'un autre côté, donnèrent

une impulsion considérable au mouvement écologique en stimulant une attitude critique envers l'atome. Dans son rapport *The Economics of Climate Change*, Nicholas Stern déplore le fait que le développement de ces décennies ait été «the greatest and widest-ranging market failure ever seen».

Sont souhaités des articles qui abordent le sujet du Moyen Age à nos jours sous différents points de vue. Le dossier de *traverse* 2013/3 sera composé de huit articles d'environ 10 à 12 pages.

Nous invitons les personnes intéressées à nous envoyer un résumé d'environ une page d'ici le 15 août 2012 au plus tard. Les manuscrits définitifs devront nous parvenir d'ici le 1er mars 2013. Les résumés peuvent être envoyés à Daniel Krämer (daniel.krämer@revue-traverse.ch), Katja Hürlimann (Katja.huerlimann@revue-traverse.ch) ou Marc Gigase (marc.gigase@revue-traverse.ch).

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung;
Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-
Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne
und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise;
Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer;
EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis,
G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog,
H. Schächli, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder,
P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch